

WIRTSCHAFT

KOMPAKT

Namen und Nachrichten

Betriebe: „Es mangelt an belastbarer Zusage für Impfstoff“

Arnsberg/Hagen. Ab Montag sollen die Betriebs- und Werksarztzentren endlich Belegschaften impfen dürfen. Bis heute wissen die meisten aber offenbar nicht, wie viel Impfstoff sie überhaupt bekommen. „Es werden von der Politik Erwartungen geweckt, die nicht gehalten werden können“, kritisiert Dr. Volker Verch, Geschäftsführer des Unternehmensverbands Westfalen-Mitte und Vorstandsmitglied des gleichnamigen Werksarztzentrums. Mit über 400 Mitgliedsunternehmen ist es eines der größten Zentren in NRW. Lange im Vorfeld sei alles bereit, um loszulegen. Die Pläne stünden, „aber es mangelt an einer belastbaren Zusage für Impfstoff.“ Genau so geht es den meisten Betriebsarztzentren offenbar. Nichts Genaueres weiß man nicht, das gilt auch im Zentrum Hohenlimburg-Letmathe, mit rund 70 Mitgliedsunternehmen. Kurzzerhand startete man einen Aufruf am heutigen Donnerstag zu einer öffentlichen Impfkampagne der Stadt Hagen zu kommen. *jh*

AUS DEN UNTERNEHMEN

Continental. Immer wieder kommt es besonders beim Abbiegen zu schweren Unfällen mit Radfahrern oder Fußgängern – Continental und die Telekom entwickeln jetzt einen digitalen Kollisionschutz. Wie der Autzulieferer am Mittwoch ankündigte, soll das System im Herbst auf der Fachmesse ITS in Hamburg gezeigt werden.

Amazon. Nach einem Bericht über eine Zunahme von Arbeitsunfällen aufgrund des hohen Drucks bei Amazon lockert der Onlineriese seine Arbeitsbedingungen in den USA. Die Mitarbeiter bekämen mehr Zeit für Pausen, teilte das Unternehmen mit.

HEUTE VOR 70 JAHREN



Ob die bisherige **Tagesförderung von Steinkohle** im Laufe des Sommers gehalten werden kann, wurde bei der Zusammenkunft westfälischer Chemie-Industrieller auf der Hohensyburg an der Ruhr vom Bundesbeauftragten für Kohleverorgung, Dr. Sogemeier, **angezweifelt.** Die Gründe seien neben ansteigendem Urlaub und dem Auslaufen der Zusatzförderung vor allem **Wohnungsmangel für Bergarbeiter.**

WORTLAUT

„Im Moment geht es definitiv aufwärts. Ich höre zum Teil von sehr guten Verkaufszahlen.“

Axel Augustin vom Handelsverband Textil (BTE) am Mittwoch zur Stimmung des Modehandels in den deutschen Innenstädten.



CO₂-Steuer gefährdet Mittelstand

Kaltwalzer Waelzholz aus Hagen erwägt 100 Millionen-Investition ins Ausland zu verlagern, weil Kosten für CO-Emissionen den Standort Deutschland zu teuer machen

CO₂-Reduktion erkennt der Mittelstand als Mittel an, um die Klimaziele zu erreichen. Das aktuelle Gesetz wird aber als untauglich erachtet. PICTUREALLIANCE

Von Jens Helmecke

Hagen/Olsberg. Seit Januar gilt das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). An Tankstellen kann man das gut ablesen. Weniger offensichtlich ist, dass es offenbar den Mittelstand, mindestens wenn er mit hohem Energieaufwand produzieren muss und im internationalen Wettbewerb steht, vor erhebliche Probleme stellt.

Unwissenheit über den Mittelstand?

Ursprünglich war der nationale Alleingang zur Besteuerung fossiler Brennstoffe für die Bereiche Verkehr und Wärme angekündigt. Als das Gesetz im November 2020 beschlossen wurde, war plötzlich auch die Industrie mit gemeint, wenn sie nicht bereits am europäischen Zertifikatehandel teilnimmt. Hier sind nur die großen Emittenten versammelt wie Thyssenkrupp etwa. Die kleineren, wie zahlreiche Mittelständler, galten bis dato als vernachlässigbar.

Mit dem nationalen Gesetz ist das anders. Die Belange des energieintensiv produzierenden und im internationalen Wettbewerb stehenden Mittelstands zu berücksichtigen, dafür hat es im Gesetzgebungsverfahren nicht gelangt.

Ein Problem, das die Regierung durch eine Verordnung zum Schutz dieser Unternehmen, der sogenannten BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung (BECV), heilen will. Ob man sich in Berlin beim Formulieren tatsächlich über die Folgen für industriellen Mittelstand im Klaren war, wird nun sogar von Politikern der Regierungsfraktionen bezweifelt. „Der Entwurf ist zwischen Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium ausgehandelt worden. Man hat allerdings leider den Eindruck, dass gerade im Haus von Peter Altmaier (Bundeswirtschaftsminister, CDU) viel Unwissenheit über die Folgen des BEHG im Mittelstand herrscht“, wertet der Sauerländer SPD-Bundestagsabgeordnete Dirk Wiese. Die Verhandlungen zwischen SPD- und CDU/CSU-Fraktion im Bundestag liefen derzeit noch, erklärt Wiese. Spätestens zum Ende der Sitzungszeit vor der Sommerpause

Ende dieses Monats müsste Einigkeit her, sonst gilt dies als Zustimmung zur Verordnung. „Wir haben als SPD kein Interesse daran, dass die mittelständische Industrie über die Wupper geht“, betont Wiese.

In die Verhandlungen eingreifen kann der Sauerländer CDU-Bundestagskandidat Friedrich Merz zwar nicht, mitreden schon: „Viele mittelständische Unternehmen im Sauerland erhalten in diesen Tagen ihre Rechnungen für die CO₂-Bepreisung. Schon jetzt ist die Belastung für etliche Betriebe so hoch, dass man sich Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze machen muss, gerade mit Blick auf die ohnehin schon großen Belastungen durch die Corona-Krise“, erklärt Wirtschaftsexperte Merz.

„Es ist ein extrem mittelstandsfeindliches Gesetz und nicht wirklich zu Ende gedacht.“

Dr. Volker Schulte, Technischer Geschäftsführer Olsberger Hütte

Die Politik habe vom Bundesverfassungsgericht den Auftrag bekommen, beim Klimaschutz nachzuarbeiten. Das bedeute aber nicht, „dass wir uns jetzt den nächsten über's Knie gebrochenen und teuren nationalen Alleingang leisten können“, warnt er.

Eine effektive CO₂-Bepreisung, die gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhält, gelinge

in Deutschland in Summe nicht rechnen“, stellt Buddenberg fest. Das Unternehmen ist bereit, mittelfristig auch klimaneutral zu fertigen. „Dafür benötigen wir aber eine klare Perspektive für die Anbindung an ein Wasserstoffnetz“, sagt Buddenberg.

Wenigstens gleiche Rahmenbedingungen auf dem europäischen Markt, wünscht sich auch der Mittelstand, der über die Klimaziele gar nicht diskutieren will, sondern sie als Richtlinie versteht.

Das Kaltwalzunternehmen Waelzholz aus Hagen mit über 2000 Beschäftigten ist selbst an dem Erreichen dieser Ziele beteiligt. Waelzholz stellt unter anderem Elektroband her, das in Windkraftanlagen, Bahnantrieben, aber batterieelektrischen Pkw und Hybridautos gebraucht und immer stärker nachgefragt wird. Das Unternehmen plant gerade eine rund einhundert Millionen Euro teure Investition in die Erweiterung dieser Produktion – am liebsten am Stammsitz des Familienunternehmens. „Der Markt für hochwertiges Elektroband in Europa ist vorhanden, unserer geplanten Investition in eine entsprechende Produktionsanlage steht ein hoher Bedarf der Kunden gegenüber“, sagt Technik-Geschäftsführer Heino Buddenberg.

Vorhandene Grundstücke, gut ausgebildete Mitarbeiter und die Anbindung an die vorhandene Produktion seien Argumente dafür, in Hagen zu erweitern. Neben den hohen Arbeits- und Standortkosten sprächen die erwartbaren Energiekosten jedoch nicht für den Standort Deutschland. „Wenn die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Markt fehlt, weil die Kosten für CO-Emissionen unverhältnismäßig hoch werden, kann sich eine Investition

in Deutschland in Summe nicht rechnen“, stellt Buddenberg fest. Das Unternehmen ist bereit, mittelfristig auch klimaneutral zu fertigen. „Dafür benötigen wir aber eine klare Perspektive für die Anbindung an ein Wasserstoffnetz“, sagt Buddenberg.

Rendite spätestens 2025 bei null

Theoretisch wäre auch für den Schmiedebetriebs Olsberger Hütte eine technische Umstellung denkbar. Die Anlage am Standort im Sauerland, wo das Unternehmen seit weit mehr als 400 Jahren produziert, ist modern und wurde erst vor knapp sechs Jahren in Betrieb genommen. Damals die größte Investition in der Firmengeschichte.

Dennoch ist klimaneutrale Produktion hier schwierig. „Wir befeuern unseren Kuppelofen mit Koks. Beim aktuellen Strommix in Deutschland hätten wir mit einem elektrisch betriebenen Induktionsstieglöfen mehr CO-Ausstoß als jetzt. Eine Umstellung auf Induktion wäre eine Millioneninvestition, die aktuell umwelttechnisch gar keinen Sinn macht“, erläutert Technikchef Volker Schulte.

Die Olsberger Hütte produziert für die Automobilbranche und steht damit zwangsläufig im globalen Wettbewerb. Die Gewinnmargen in dieser Branche sind sehr übersichtlich und in der jüngeren Vergangenheit sind sie durch steigende Energiekosten noch weiter gesunken. „Bei der in der Gesetzesverordnung (BECV) vorgesehenen Beihilfe zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und zur Vermeidung von Carbon Leakage kämen wir auf 26 Prozent Entlastung. Die großen Gießereien erhalten aber über den ETS 75 bis 85 Prozent der CO-Zertifikate kostenfrei. Zudem müssen wir die Abgabe vorfinanzieren, die Großen nicht. Nach dem aktuellen Stand der Verordnung säne unsere Rendite spätestens im Jahr 2025 nahezu auf null.“ Dass Schulte das Gesetz als „mittelstandsfeindlich und nicht zu Ende gedacht“ bezeichnet, darf nicht wundern. Blicke es beim Entwurf, den das Kabinett verabschiedet hat, würde damit ein drohendes Aus des Traditionsunternehmens befeuert.

Kullmann bleibt Evonik-Chef bis 2027

Vertragsverlängerung vor Aktionärstreffen

Von Stefan Schulte

Essen. Verkräftbare Einbrüche im Corona-Jahr 2020, ein vielversprechender Start ins neue Jahr und mit 1,15 Euro eine stabile Dividende – die Aktionäre des Chemiekonzerns Evonik hatten bei der Hauptversammlung wenig zu kritisieren. Neben Fragen zum Sponsoring von Borussia Dortmund, zu Cyberattacken und Raucherpausen für die Beschäftigten stand vor allem die Enttäuschung über den Aktienkurs des MDax-Konzerns im Vordergrund, der seit Jahren unter oder um die 30-Euro-Schwelle dümpelt.

Damit sei auch der Vorstand nicht zufrieden, sagte Evonik-Chef Christian Kullmann, „die Entwicklung des Aktienkurses passt nicht zur Entwicklung unseres Unternehmens.“ Das habe der Krise getrotzt, habe sich weiterentwickelt und wachse in seinen Kernsegmenten. Im laufenden Geschäftsjahr erwartet er einen deutlichen Anstieg des bereinigten operativen Gewinns (Ebitda) von 1,9 Milliarden Euro in 2020 auf 2,1 bis 2,3 Milliarden.

Evonik liegt aktuell auf Dax-Rang 49

Für die Aufstieg in die erste deutsche Börsenliga, die im September um zehn Konzerne auf 40 aufgestockt wird, würde der Marktwert der Essener aber reichen, wären die Eigentümerverhältnisse andere. Entscheidend für die Aufnahme in den Dax 40 ist der Wert der frei handelbaren Aktien, und im Streubesitz befinden sich nur 41,1 Prozent der Evonik-Wertpapiere. Den Rest hält die RAG-Stiftung. Ob und wie viele Aktien sie künftig verkauft, wird über den Dax-Aufstieg entscheiden. Aktuell liege Evonik bei der Marktkapitalisierung der Aktien im Streubesitz „auf Rang 49“, wie Kullmann auf die entsprechende Frage eines Aktionärs antwortete. Zugleich betonte er, der Dax-Aufstieg sei kein Selbstzweck und für die Entwicklung des Unternehmens nicht bedeutsam.

Kullmann erhielt vor Beginn des Aktionärstreffens das Vertrauen des Aufsichtsrats – sprich eine vorzeitige Vertragsverlängerung um fünf Jahre. Sein bisher im Mai 2022 auslaufender Vertrag gilt nun bis 2027. Er habe „großartige Arbeit nach innen und nach außen“ geleistet, sagte Aufsichtsratschef Bernd Tönjes, zugleich Chef der RAG-Stiftung.

Gespräche über Luftreinhalteplan

Düsseldorf. Das nordrhein-westfälische Umweltministerium und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben ein außergerichtliches Vergleichsgespräch über den Luftreinhalteplan Düsseldorf geführt. Das Gespräch sei „intensiv, aber konstruktiv“ gewesen, berichtete das Umweltministerium am Mittwoch. An dem Treffen im Umweltministerium am vergangenen Dienstag habe auch die Stadt Düsseldorf teilgenommen.

Nach einer Klage gegen 14 NRW-Kommunen wegen der Nichteinhaltung der Stickstoffdioxid-Grenzwerte ist das Verfahren um den Luftreinhalteplan von Düsseldorf das letzte Verfahren, das noch offen ist. *lnw*

Komplexe Berechnung und Förderung unter Vorbehalt

■ Mit der Verordnung BECV soll eine Verlagerung von industrieller Produktion und damit des CO₂-Ausstoßes ins Ausland verhindert werden, genannt **Carbon Leakage.**

■ Die Berechnung der Entlastung hängt von mehreren Faktoren ab, komplex und **je nach Branche unterschiedlich.** Das Beihilfeniveau wird durch die 10 Prozent

Besten, d.h. am wenigsten fossile Brennstoffe verbrauchenden Anlagen einer Branche bestimmt.

■ **Erhaltene Entlastung** hängt von der Haushaltssituation des Bundes ab und **muss** in jedem Fall ab 2025 mindestens zu 80 Prozent (in den Jahren 2023 und 2024: 50 %) in **Klimaschutzmaßnahmen investiert werden.**